

„Wird nicht alles schlimmer, wenn die NATO aus Afghanistan abzieht?“

Im November 2009 fand eine Oxfam-Umfrage in Afghanistan statt: 70 Prozent der Befragten in Afghanistan sehen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.

61 % der Bevölkerung sind chronisch unterernährt.

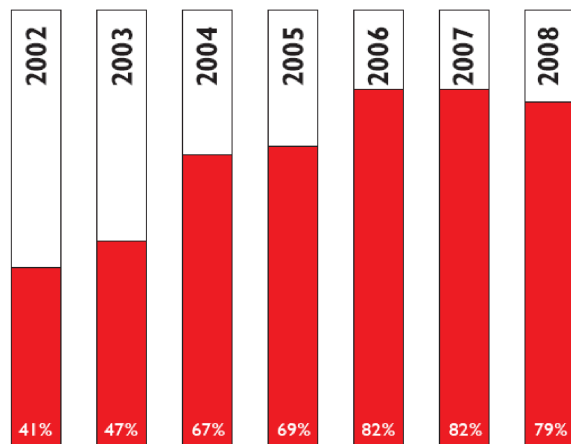
Nur 13 Prozent der Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser.

Bei Frauen stieg die Zahl der Selbstmorde deutlich an.

Prostitution und Drogenabhängigkeit nehmen zu.

Boombranche Drogenanbau

Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion:



Der Drogenanbau blüht. Unter den Augen der NATO und der Bundeswehr. Die Profite daraus werden zum großen Teil von Mitarbeitern der Kabuler Regierung eingestrichen. Die vom Westen unterstützte afghanische „Regierung“ setzt sich aus zahlreichen Warlords zusammen, die ihre Bevölkerung unterdrücken.

Die zugesagte Entwicklungshilfe wird entweder nicht ausbezahlt, wird für militärische Ausgaben ausgegeben oder wandert in die Taschen westlicher Firmen.

Vor dem Krieg war Afghanistan ein fruchtbares Land. Der Krieg hat das Land zerstört und zerstört es immer weiter.

Dirk Niebel und das Militär

Der Entwicklungsminister Dirk Niebel wird in Minden auftreten.

Niebel treibt die Militarisierung der Entwicklungshilfe voran. Die Arbeit ziviler Hilfsorganisationen wird dem Militär untergeordnet. Afghanistan ist dafür das Testfeld. Das Militär will damit seine Anwesenheit gegenüber der Bevölkerung legitimieren.

Dirk Niebel versucht als Entwicklungsminister die zivilen Hilfsorganisationen in Afghanistan zur Zusammenarbeit mit dem Militär zu zwingen, indem er die Zahlung von Geldern an die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Militär koppelt. Diese Zusammenarbeit gefährdet die zivilen MitarbeiterInnen. Sie werden zu möglichen Anschlagzielen. Daher haben sich Organisationen wie die Welthungerhilfe oder Ärzte ohne Grenzen bereits aus Afghanistan zurückgezogen.



Mit dieser Politik wird nicht die Armut bekämpft, sondern die Armen.

Wer die herrschende Weltwirtschaftsordnung mit ihren zunehmenden Spaltungen von Arm und

Reich aufrecht erhalten will, muss die zunehmenden Konflikte notfalls mit militärischer Gewalt notdürftig zu unterdrücken versuchen.

Und genau dazu dienen die neuen Strategien von Bundeswehr, Europäischer Union und NATO. Ein barbarisches Konzept. Es macht unsere Welt immer unsicherer. Es schürt Spannungen. Und schafft gute Profitaussichten für das Geschäft mit Rüstung und Krieg. Daran verdienen auch die Rüstungskonzerne, die auf dem Mindener Kongress vertreten sind.

Das weitere Schicksal unseres Planeten erfordert Frieden, soziale Gerechtigkeit und Schonung der Ressourcen. Krieg und Rüstung stehen dem entgegen.

Am 11. September 2010 findet der 17. Sicherheitspolitische Kongress in der Stadthalle Minden statt.

Die Sicherheitspolitischen Kongresse in Minden begleiten und unterstützen die Ausrichtung der Bundeswehr auf weltweite Kriegseinsätze.

Auf diesen Kongressen treten Führungskräfte aus dem Militär, der Politik, der Rüstungswirtschaft, aus Nachrichtendiensten und den Medien mit internationaler Teilnahme aus dem NATO-Raum auf. Sie setzen sich mit Nachdruck für Kriegsführung, Aufrüstung und die innere Militarisierung ein. Diese Kongresse stehen für die aktive Einflussnahme der Rüstungslobbyisten auf die Politik.

Immer wieder wurde auf diesen Kongressen auf höhere Rüstungsausgaben und mehr Rüstungsexport gedrängt. Diese Kongresse dienen der Propagierung der weiteren Militarisierung der Außen- und Innenpolitik!



**Wir setzen dem entgegen:
JA zum FRIEDEN und zu
SOZIALER SICHERHEIT!
SPART endlich bei der
RÜSTUNG !!!**

**Den Krieg in Afghanistan
beenden — zivil helfen!**

Bundeswehr vor der Abrüstung?

Zu Guttenberg behauptet, die Bundeswehr müsse kräftig sparen. Doch Anfang Juli 2010 beriet die Bundesregierung den Bundeshaushalt 2011. Es wurden mehr Gelder als in diesem Jahr für den Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) eingeplant. Es handelt sich um eine Steigerung von rund 450 Mio. Euro auf 31.549 Mrd. Euro. Das sind circa 1,4 Prozent mehr für Krieg.

Die Ausgaben für den Kriegseinsatz in Afghanistan sind darin nicht vollständig enthalten. Sie betragen inzwischen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zwischen 2,5 bis 3 Milliarden Euro jährlich

Zum Vergleich: der Sozialetat soll um 7,9 Prozent gekürzt werden.



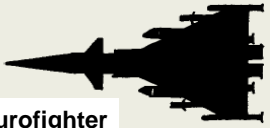




Doch künftig soll der Zwang zum Sparen die Bundeswehr weiter verändern. Sie soll noch einsatzfähiger in aller Welt und schlagkräftiger werden.

Zu Guttenberg in einer Grundsatzrede: „Die Bundeswehr ist heute eine Armee im Einsatz. (...) Der Einsatz und der Kampf rücken stärker in den Mittelpunkt (...). Dafür müssen wir als Streitkräfte, aber insbesondere auch als Gesellschaft, (...) - Opferbereitschaft aufbringen.“

Der Soldat soll seine Gesundheit und sein Leben opfern und der Rest der Gesellschaft seine soziale Sicherheit. Noch mehr und blutigere Kriege. Das ist die Realität hinter den Worthüllen von den Einsparungen.

Waffen, die schon im Frieden zerstören

Großwaffen-Projekte der Bundeswehr Kosten bis 2015: 90 Milliarden Euro

Waffensysteme ¹⁾ (Auswahl)	Anzahl Stückpreis in Euro	Gesamtkosten ²⁾ in Euro
 Eurofighter <small>seit 2003</small>	180 St. à 129,5 Mio. (incl. Waffen)	23,3 Milliarden
215.740 Sozialwohnungen á 70 qm (á €108.000)		
 Kampfhubschrauber Tiger <small>it 2005</small>	80 St. à 63,8 Mio. (incl. Waffen)	5,1 Milliarden
1000 Pflegeheime á 60 Plätze (je €5,1 Mio.)		
 Militär-Airbus A400M <small>ab 2011</small>	60 St. à 155 Mio.	9,3 Milliarden
7.154 Kindertagesstätten á 4 Gruppen (je € 1,3 Mio.)		
 Schützenpanzer Puma <small>ab 2010</small>	410 St. à 11,7 Mio.	4,8 Milliarden
1.655 Grundschulen á 200 Schüler (je €2,9 Mio.)		
 Fregatte F 125 <small>ab 2014</small>	4 St. à 672 Mio.	2,7 Milliarden
563 Sport/Mehrzweckhallen á 2 Felder (je € 4,8 Mio.)		

DEN KRIEG IN AFGHANISTAN BEENDEN — ZIVIL HELFEN

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung:

- den Stopp aller Kampfhandlungen.
- den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan
- den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.

DIE BUNDESWEHR ABRÜSTEN!

Die Bundeswehr wird weiter verfassungswidrig in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee umgebaut. Sie wird aufgerüstet und immer häufiger in internationalen Konflikten eingesetzt. Die Rüstungsausgaben steigen. Völkerrecht und Grundgesetz aber verbieten Angriffskriege und ihre Vorbereitung.

- **Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!**
- **Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr zu weltweiter Angriffsfähigkeit!**

JA zum FRIEDEN und zu SOZIALER SICHERHEIT! SPART endlich bei der RÜSTUNG !!!

- **Kürzt endlich bei der Rüstung! Setzt damit endlich Mittel frei für Arbeit, Bildung, Kultur, Soziales, Klimaschutz, Friedensforschung und zivile Konfliktlösungen!**

Die weitere Verschleuderung von Ressourcen für Krieg und Aufrüstung muss beendet werden. Das ist angesichts der Krisen der Weltwirtschaft und der Ökologie überlebenswichtig.

Unterstützer und Unterstützerinnen:
Mindener Bündnis für Frieden und Abrüstung,

V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23, 32427 Minden